



Beitrag der LÄKH zu den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ der UN

Im Rahmen eines Symposiums am 26. März 2025 in der Landesärztekammer Hessen (LÄKH) in Frankfurt, Hanauer Landstraße 152, soll Dr. med. Ernst Girth aus dem Ehrenamt des Menschenrechts-, Rassismus- und Diskriminierungsbeauftragten der LÄKH verabschiedet werden. Seine Nachfolgerin Barbara Mühlfeld hat ein praxisorientiertes Programm zusammengestellt, welches das komplexe Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Weitere Infos und Anmeldung:
<https://t1p.de/3456x>



spracheröffnungen gestrichen werden. Menschen, die dem Äußeren nach z.B. asiatisch oder afrikanisch „gelesen“ werden, aber hier in Deutschland geboren und deren Vorfahren möglicherweise vor

zwei oder 3 Generationen eingewandert sind, bekommen so immer wieder gespiegelt, dass sie eigentlich nicht dazugehören, keine „richtigen“ Deutsche sind.

Durch Zeitdruck und enge Taktung der Behandlungen im Bereich der ambulanten Medizin mit der einhergehenden hohen Belastung in nahezu allen Gesundheitsberufen werden Menschen mit eingeschränkten deutschen Sprachkenntnissen, aber auch anderen Vorstellungen über Krankheitszusammenhänge und medizinische Versorgung nicht selten als ‚Problem‘ wahrgenommen; Äußerungen des Genervt Seins, der Ungeduld in Tonfall und Gesten aber verstärken gerade im auf nonverbale Verständigung angewiesenen Kontakt das Gefühl der Ablehnung und des Unerwünscht Seins des Gegenübers. Auch das erzeugt Druck und kann zu Blockierungen führen.

Dies nur einige wenige Beispiele dafür, wie Mikroprozesse darüber entscheiden können, ob der für einen Behandlungserfolg notwendige Rapport entsteht oder nicht. Der NaDiRa – Bericht 2023 (Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismomonitors) zeigt als erste größere

deutschlandweite Untersuchung zum Rassismus im Gesundheitswesen eine der schwerwiegendsten Folgen: Arztkonsultationen werden nach diskriminierenden (oder als diskriminierend empfundenen) Erfahrungen hinausgezögert oder vermieden; Patientinnen und Patienten bringen sich in Gefahr, Krankheitsverläufe werden schwerer, die Belastung aller Beteiligten höher.

Barbara Mühlfeld

Menschenrechts-,
Rassismus- und
Diskriminierungs-
beauftragte
der Landesärztekammer
Hessen



Foto: Katja Möhrle

Kontakt:
menschenrechtsbeauftragte@laekh.de

Ein Interview mit der neuen Menschenrechts-, Rassismus- und Diskriminierungsbeauftragten der Landesärztekammer Hessen finden Sie in Ausgabe 02/2025, S. 91.

Leserbriefe

Foto: © Werner Hilpert – stock.adobe.com

Leserbrief zu Titelbild und Artikel „Zivil-Militärische Zusammenarbeit, Symposium Oranienstein 2.0“, HÄBL 11/2024

Friedenstüchtigkeit statt Kriegstüchtigkeit im Gesundheitssystem

Wir begrüßen die Zuschrift „Verhinderung von Kriegen als oberstes Ziel“ in der Ausgabe 01/25 des hessischen Ärzteblattes. Solche Stimmen haben gefehlt. Der Brief bringt prägnant auf den Punkt, dass wir Ärzt*innen uns nicht auf die vorgegebene Gewalteskalation einlassen sollten. Es liegt in unserer Verantwortung, dass solch eine Position Gehör findet. Im Krieg gibt es nur Verlierer, Gewinner ist die Rüstungsindustrie. Wir müssen nicht fragen, wie eine Militarisierung des Gesundheitswesens erfolgen kann, sondern ob sie notwendig ist. Als Ärzt*innen müssen wir uns gegen Krieg positionieren und der Frage nachgehen, wie ein Dialog zum Frieden gelingen kann. Wir brauchen eine zukunftssträchtige Lösung, die nicht durch Wettrüsten erreicht werden kann. Unser Beruf verpflichtet uns, Menschenleben zu erhalten.

Der Diskurs muss sich von Kriegstüchtigkeit in Bemühungen um Friedenstüchtigkeit verschieben.

Mit Erschrecken verfolgen wir die weltweite Aufrüstung, das gegenseitige Vernichten und die damit verbundenen Schäden für Mensch, Kultur und Natur. Auf Kosten des Zivilbereichs wird das Militärbudget massiv erhöht. Die Bundeswehr wirbt um junge Menschen mit Aussagen, die Abenteuer versprechen und die Schrecken des Krieges verharmlosen. In den Aussagen zu den Tagungen im Schloss Oranienstein fehlen Worte zu friedlichen Lösungen. Auch im deutschen Ärzteblatt wurde über die Notwendigkeit einer Vorbereitung auf einen nuklearen Zwischenfall berichtet. Wir können dieses Bedürfnis nachvollziehen. Doch im Falle eines Atomkrieges kann das Gesundheitswesen kaum

helfen. In Hiroshima starben 140.000 Menschen, 90 % des medizinischen Personals wurden getötet oder verletzt, 42 der 45 Krankenhäuser zerstört. Heutige Atombomben sind ca. 50-mal stärker. Dies unterstreicht die Notwendigkeit der Vermeidung einer Eskalation.

Der Tagungsort für die zivil-militärische Zusammenarbeit, das Schloss Oranienstein, diente während der NS-Diktatur als nationalpolitische Erziehungsanstalt (Napol). Der Atomwaffenstützpunkt Fliegerhorst Büchel mit bis zu 20 Atombomben ist nicht weit entfernt. So liegen Schrecken und Drohungen des Krieges zeitlich und örtlich dicht beieinander.

**Thomas Gerlesberger und
Dr. med. Stephan Heinrich Nolte**

Für die Ortsgruppe Marburg des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte